

Probleme bei der Versorgung der Armee

09.02.2011

Gestern hat eines der Unternehmen, welches Nahrungsmittel an Teile des Militärs liefert, die Einstellung der Versorgung von 15.000 Wehrdienstpflichtigen aufgrund von Schulden des Verteidigungsministeriums in Höhe von 75 Mio. Hrywnja bekanntgegeben. Beim Ministerium bekräftigt man, dass die Gelder für die Bezahlung vorhanden sind und erklärt die vorliegende Situation mit einer Rechtskollision, die nach Änderungen im Gesetz über Staatseinkäufe eingetreten ist. Beim Fachausschuss im Parlament beschuldigt man das Verteidigungsministerium.

Gestern hat eines der Unternehmen, welches Nahrungsmittel an Teile des Militärs liefert, die Einstellung der Versorgung von 15.000 Wehrdienstpflichtigen aufgrund von Schulden des Verteidigungsministeriums in Höhe von 75 Mio. Hrywnja bekanntgegeben. Beim Ministerium bekräftigt man, dass die Gelder für die Bezahlung vorhanden sind und erklärt die vorliegende Situation mit einer Rechtskollision, die nach Änderungen im Gesetz über Staatseinkäufe eingetreten ist. Beim Fachausschuss im Parlament beschuldigt man das Verteidigungsministerium.

Gestern teilte die Stellvertreterin des Direktors der OOO (Gesellschaft mit beschränkter Haftung), Olga Larina, mit, dass das Unternehmen die Lebensmittellieferung für 15.000 Wehrpflichtige einstellt. Die OOO „Iwala“ ist eine der kommerziellen Strukturen, welche die Ernährung von Wehrpflichtigen sicherstellt. Wie Larina erklärte, ist dieser Schritt durch die Verbindlichkeiten des Verteidigungsministeriums in Höhe von 75 Mio. Hrywnja und dem Fehlen von Vertragsbeziehungen mit der Militärbehörde hervorgerufen worden. „Diese Situation entstand aufgrund der Unvollkommenheit der Gesetzgebung im Bereich staatlicher Einkäufe und der Verantwortungslosigkeit der Leitung des Verteidigungsministeriums, das sich nicht rechtzeitig um die Durchführung der Prozedur für den Einkauf von Lebensmitteldienstleistungen für das Jahr 2011 gekümmert hat“, erläuterte Olga Larina.

Wie man dem **“Kommersant-Ukraine”** beim Pressedienst des Verteidigungsministeriums mitteilte, verfügt die Behörde über die notwendigen Mittel, doch ist die vorliegende Situation durch eine „juristische Kollision“ hervorgerufen worden. „Die ersten Verträge mit kommerziellen Firmen zur Lieferung von Lebensmitteln wurden 2007 als ein Experiment unterzeichnet. Die Verlängerung der Verträge findet jährlich statt, doch in diesem Jahr wurden Änderungen in das Gesetz über staatliche Einkäufe eingetragen. Aufgrund der unterschiedlichen Normen der alten und der neuen Gesetzgebung hat das Schatzamt die Dokumente des Ministeriums zur Bezahlung nicht angenommen“, erläuterte dem **“Kommersant-Ukraine”** der Stellvertreter des Direktors der Presseabteilung des Verteidigungsministeriums, Konstantin Sadilow. „Die Situation auflösen kann das Wirtschaftsgericht von Kiew, an welches sich ‘Iwala’ gewandt hat. Nur nach einer Gerichtsentscheid kann das Verteidigungsministerium die Verbindlichkeiten tilgen, ohne die geltenden Gesetze zu übertreten“.

Sadilows Worten nach würde es sogar wenn „Iwala“ sich weigert mit dem Verteidigungsministerium zusammenzuarbeiten, keine Probleme mit der Versorgung der Wehrdienstpflichtigen geben, da an deren Stelle ein anderes Unternehmen gelassen wird. „Mit Trockenration ernähren sich die Soldaten nicht und sie blieben nicht hungrig. Heute hatte sie ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot“, versicherte er dem **“Kommersant-Ukraine”**. Gestern Abend wurde bekannt, dass das Verteidigungsministerium sich entschieden hat auf die Dienste der OOO „Iwala“ zum Vorteil eines anderen Unternehmens zu verzichten.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Werchowyna Rada, Anatolij Grizenko („Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung“) – Verteidigungsminister von 2005-2007, der die Versorgung der Streitkräfte über kommerzielle Strukturen einleitete, bezeichnete die Vorgänge als „Notfallsituation“. „Verteidigungsminister Michail Jeshel begreift nicht, dass er nicht nur Minister sein muss, sondern auch Mitglied des Ministerkabinetts, welches die notwendige Zusammenarbeit aller Regierungsorgane für die Sicherstellung der erforderlichen Funktion der Armee realisieren muss. Jedoch ist er offensichtlich nicht dazu in der Lage, so dass der Präsident unverzüglich eine entsprechende Personalentscheidung fällen muss“, erklärte er dem **“Kommersant-Ukraine”**.

Bei der Allukrainischen Organisation der Soldatenütter ist man überzeugt davon, dass die Organisierung der Ernährung der Wehrpflichtigen nicht von einer kommerziellen Organisation betrieben werden soll, sondern vom

Lebensmitteldienst der Armee. Der Meinung der Leiterin der Organisation, Walentina Artamonowaja, nach kann die Vereinigung nur in diesem Fall das Ernährungssystem kontrollieren. „Wir können jeden Bereichskommandeur befragen, doch die kommerziellen Firmen sind nicht kontrollierbar – sie können ihre Tätigkeit wie sie wollen verbergen, indem sie sich auf das Geschäftsgeheimnis berufen“, erläuterte Artamonowa dem **“Kommersant-Ukraine”**.

Artjom Skoropadskij

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 592

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.